

Aktion gute Schule

Wenn wir weiter so denken,
wie wir bisher gedacht haben,
dann werden wir weiter so handeln.

Wenn wir weiter so handeln,
wie wir bisher gehandelt haben,
dann werden wir weiter das erhalten,
was wir bisher erhalten haben.

Wir können aber die Probleme von heute
nicht mit den gedanklichen Mustern von gestern lösen,
denn durch die sind sie entstanden.

Michael Ehrenberger

Unser Bildungssystem könnte viel mehr für
unsere Gesellschaft leisten!

Die Initiative „Aktion gute Schule“ regt die Durchführung einer Bildungsreform an

Inhalt

Vorwort

1.1	Allgemein	3
1.2	Lehrer	3
1.3	Die Gesellschaft	4
1.4	Politik	4

Anforderungen an eine Bildungsreform

2.1	Lehrpläne entschlacken	6
2.2	Unterrichtsausfälle vermindern	7
2.3	Inklusion	7
2.4	Uniformität beseitigen	8
2.5	Leerlauf vermeiden	13
2.6	Elternmitbestimmung	13
2.7	Wettbewerb unter den Schulen führt zur Profilbildung	13
2.8	Abschaffung des Bildungsföderalismus	13
2.9	Handlungsspielräume für Lehrer	14
2.10	Abkehr vom Frontalunterricht	15
2.11	Gehaltssystem, Entlohnung für Bildungsarbeit anpassen	15
2.12	Team-Teaching - Unterstützung und Entlastung	15
2.13	Bildungsauftrag nachkommen, Chancengleichheit	16
2.14	Individualisierte Förderung von Fähigkeiten	16
2.15	Leistungsbewertung ausweiten	16
2.16	Team-Kultur in Schulen	17
2.17	Ganztagsangebote	17
2.18	Verwaltungsangestellte	17

1 Vorwort

1.1 Allgemein

Einige der nachstehenden Anforderungen werden automatisch erfüllt, wenn andere Verbesserungen eingeleitet werden. Das hat uns nicht daran gehindert sie trotzdem darzustellen, da sie dazu geeignet sind, die Komplexität einer Bildungsreform zu beschreiben. Die Reihenfolge der Anforderungen ist nicht an Dringlichkeiten gebunden, sie sollen alle Berücksichtigung in einem neu anzustoßenden Umstrukturierungsprozess finden.

Wir wünschen uns die Bildung ausgesuchter Gremien, die alle wichtigen Beteiligten und die Vertreter der modernen Forschung beinhalten.

Alle Formulierungen in den Anforderungen sind geschlechtsneutral zu verstehen. Wird z.B. Schüler geschrieben, ist damit auch eine Schülerin gemeint.

1.2 Lehrer

Unseren Beobachtungen folgend, würden viele Lehrer bereits heute das erfüllen, was wir als unsere Anforderungen an eine Bildungsreform deklarieren. Allerdings werden sie durch ihre Vorgesetzten und / oder die Ministerien daran gehindert. Ihre Ausbildung ist zwar längst nicht so, wie sie sein müsste, jedoch bringen viele beste Voraussetzungen und ausreichend Motivation mit.

Den Lehrkräften kommt die Schlüsselrolle im Unterrichtsgeschehen an unseren Schulen zu.

Eine Schule, in der nach den politischen Vorgaben begabungsgerecht und individuell gefördert, inklusiv unterrichtet, werteorientiert erzogen, vorurteilsfrei und „objektiv“ beurteilt und bewertet, kompetent beraten sowie zukunftsorientiert ... werden soll, benötigt Lehrkräfte, die auf diese Aufgaben zumindest hinreichend vorbereitet sein sollten.

Das jedoch ist zumindest in einigen Bereichen noch nicht gewährleistet, weil diese bislang noch nicht Bestandteil der Ausbildung waren/sind:

- Diagnosekompetenz
- Förderkompetenz
- Beratungskompetenz
- Teamfähigkeit im inklusiven Team-Teaching
- Sonderpädagogisches Grundwissen
- Grundwissen in der Hirnforschung, sofern es für Lernprozesse und deren Förderung relevant ist,...

Hier ist eine Erweiterung des Studiums zwingend erforderlich.

Bei den bereits im Dienst stehenden Lehrkräften muss eine gezielte verbindliche Fortbildung für eine „Nachrüstung“ bzw. Aktualisierung in diesen Bereichen Sorge tragen.

Der bayerische Weg mit dem verbindlichen Nachweis eines amtlich festgelegten Fortbildungsumfangs im Zwei-Jahres-Rahmen geht in die richtige Richtung. Grundsätzlich kann man den meisten Lehrkräften jedoch eine gewissenhafte, kompetente und engagierte Berufsausübung bestätigen.

Trotz der wiederkehrenden bayerischen Erfolgsmeldungen von der „pädagogischen Front“, die leider nicht die Realität an unseren Schulen mit all den dazugehörigen Defiziten widerspiegeln, erheben wir unsere Stimme und gestatten uns die nachstehenden Forderungen.

1.3 Die Gesellschaft

Unsere Gesellschaft achtet das Bildungssystem nicht genügend. Wie könnte es sonst vorkommen, dass Eltern sich zwar aktiv für die Belange ihrer eigenen Kinder einsetzen, sich jedoch zurückziehen, wenn diese ins Berufsleben übertreten. Warum gehen Eltern mit dem Rechtsanwalt in die Sprechstunde? Würde den Schulen und ihren Lehrern die benötigte Wertschätzung gegeben, funktioniert vieles von allein.

» Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes «, lautet ein afrikanisches Sprichwort. Ein Sprichwort, das in Deutschland (Bayern) angesichts der demografischen Entwicklung insbesondere im ländlichen Raum zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Kommunale Bildungslandschaften als neuer Lösungsansatz rufen nach einer gemeinsamen Verantwortung aller lokalen Akteure: Kinder, Jugendliche, Eltern, Erzieher/innen, Lehrkräfte, Ämter, Verwaltungen, Kinder- und Jugendhilfe, Vereine, Verbände, Wirtschaft, Kirchen etc. Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich über die Qualität der Kindererziehung und der Bildung.

Und diese Aufgaben liegen in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft. Am besten aufgehoben sind diese Aufgaben in der jeweiligen Schulgemeinde im Rahmen der politischen Gemeinde.

1.4 Politik

Die Politik hat das Ziel den Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden. Hierbei unterliegt sie den Sach- und Sparzwängen verschiedener Etats* und deren Abhängigkeiten. Der Bildungspolitik wird ein hoher Stellenwert zugerechnet, viele Wählerstimmen sind mit diesem Thema verbunden. Derzeit befindet es sich im Rampenlicht der Bevölkerung. Viele Beiträge in den Medien und die Gründungen neuer Organisationen bestätigen es: „Die Zeit ist reif für eine Bildungsreform“.

* Nachsorgekosten für Schüler, die z.B. keinen Abschluss erhielten, könnten zu Gunsten des Bildungsetats eingespart werden. Dazu müssen jedoch Betrachtungen über den Zu-

ständigkeitsbereich des Bildungshaushalts hinaus erfolgen.

Von der Politik, hier zugespitzt auf unsere gewählten Repräsentanten in den verschiedenen Institutionen – von den Gemeinderäten bis hin zum Bundestag – erwarten wir, dass sie durch ihre Entscheidungen den ökologischen, (inter)kulturellen, sozialen, ökonomischen, ... Veränderungen Rechnung trägt und im Bereich Kindererziehung und Bildung (einschließlich Ausbildung) geeignete Rahmenbedingungen für chancengerechtes, erfolgreiches, nachhaltiges, individuelles Lernen schafft.

Dazu bedarf es einer ideologie- und vorurteilsfreien Orientierung an den als gesichert geltenden Erkenntnissen der bildungsrelevanten Forschungsbereiche (inklusive Medizin).

»Die pädagogische Arbeit braucht vor allem kein Gehetze, keine inhumanen Maßstäbe, Messwettkämpfe und noch mehr Konkurrenz auf allen pädagogischen Ebenen, sondern Zeit, Raum und Besinnungsmöglichkeit, damit die vielbeschworenen Lerner Interesse an den Sachen dieser Welt entwickeln, aufbauen, festigen und reflektieren können. Dafür einzutreten ist eine notwendig pädagogische und politische Aufgabe (Prof. Euler).«

Auch für Politiker gilt die Forderung nach lebenslangem Lernen. Gerade angesichts rasanter Entwicklungen in nahezu allen Lebensbereichen ist es unerlässlich, dass Politiker sich von parteispezifischen Ideologien verabschieden. Finnland schulterte parteiübergreifend eine grundlegende Schulreform und kann uns auch hier als Vorbild dienen. Parteipolitische Querelen behindern zwingend erforderliche Neuerungen. Das ist nicht mehr akzeptabel.

2 Anforderungen an eine Bildungsreform

2.1 Lehrpläne entschlacken

Die Inhalte gehören "ausgemistet" und so zusammengestellt, dass sie im jeweiligen Schuljahr nachhaltig vermittelt werden können. Synchronisierung der Lehrpläne in ganz Deutschland, damit sowohl Lehrer als auch Schüler jederzeit bei einem Ortswechsel umgehend den Anschluss herstellen können.

Der Lehrplan ist sozusagen die zentrale Instanz, die alle Aktivitäten leitet und alle Schüler einer schulischen Einrichtung den gleichen Anforderungen unterwirft.

Die Lehrpläne in der vorliegenden Form sind in der Regel zu detailliert, enthalten zumeist keine oder nur geringe Wahlmöglichkeiten für die Schüler und sind von den verbindlichen Lehrinhalten her derart umfassend (schon in der Grundschule), dass nur wenig Zeit für ihre "Abarbeitung" bleibt.

Phasen der notwendigen Wiederholung, Übung und Anwendung werden deshalb zumeist in die Hausaufgaben (Elternhäuser) verlegt. Lehrpläne beinhalten ein hohes Maß an Fremdbestimmung und nur geringe Möglichkeiten, auf die Interessen und Neigungen der Schüler einzugehen. Sie verstärken die Tendenz, dass die Schule Wissen und Fähigkeiten sozusagen im Gleichschritt vermittelt.

Daraus resultiert dann auch der Leistungsvergleich bei gleichen Aufgaben zum gleichen Zeitpunkt. Letztlich schadet man damit den Schülern, weil sie dann im wesentlichen nur das tun, was sie tun müssen, und somit nicht das leisten, was sie leisten könnten und leisten wollten, wenn sie freier wären.

Wir fordern deshalb:

- eine weitreichende Lockerung der bürokratischen Vorgaben bei den Lehrplänen der Sekundarstufe I in Richtung Rahmenrichtlinien bzw. Minimalkanon verpflichtender Lehrziele.

Darüber hinaus ist genügend Raum zu lassen für eine Vielfalt an Wahlmöglichkeiten, die den Schülern Möglichkeiten zur systematischen Verfolgung ihrer Interessen und Neigungen anbieten, damit ihre Motivation, ihre aufgabenorientierte Haltung, ihre Leistungsbereitschaft, ihr Selbstwirksamkeitsgefühl, ihr Durchhaltevermögen, ..., ihre "Talente und Potenziale" nachhaltig positiv entfaltet werden.

Das Lernangebot muss somit ausreichend Raum lassen für die unterschiedlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Lerner, denn nicht der Lerner hat sich der Schule, sondern die Schule den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Lerner anzupassen;

- die für eine Lehrplanöffnung unerlässliche Einbindung aller an Bildung Beteiligten: Kinder, Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte, Kommunalparlamente, Vereine, Kirchen, Wirtschaft, Verbände, Ämter... vor Ort,

- die Überprüfung durch eine fächerübergreifende unabhängige Kommission, ob es sich bei den Inhalten der Fachlehrpläne tatsächlich um das "überlieferte und bewährte Bildungsgut" (BayEUG Art.2 Abs.3) handelt und was als bildungsrelevantes Neues (BayEUG Art.2 Abs. 3 - "... und machen sie mit Neuem vertraut") zu verstehen ist und daraus resultierend eine entsprechende Reduzierung auf die zwingend angezeigten Basiselemente,
- die Entlastung der Schulen von all den Zusatzaufgaben (Kozdon: "springflutartige Vermehrung schulischer Additiva" wie z.B. Verkehrs-, Sexual-, Gesundheitserziehung, Drogenprävention, Aufklärung über Okkultismus u.v.a.m.), da Schule nicht alle Probleme, die von der Gesellschaft nicht bewältigt werden, lösen kann.

2.2 Unterrichtsausfälle vermindern

Unterrichtsvertretungen dürfen nicht von fachfremden oder dafür ungeeigneten Lehrern durchgeführt werden. Wird zukünftig individualisiertes Lernen mit viel Projektarbeiten praktiziert, wird Unterrichtsausfall automatisch durch Kollegen aus dem Team ausgeglichen.

2.3 Inklusion

Trotz europäischer Rechtsprechung findet viel zu wenig Integration von Schülern mit Handicaps statt. Die Ausgrenzung dieser Gruppe enthält allen Beteiligten wertvolle Erfahrungen vor. Die dadurch steigende Lehreranzahl würde auch den "normalen" Schülern zu Gute kommen. Unsere Kinder erhalten mehr Sozialkompetenz, helfen einander, erlernen schnell die Teamarbeit und sehen, dass anders sein kein Nachteil sein muss.

Gute Schüler bekommen somit noch mehr vermittelt. Die Befürchtung, dass Kinder mit hohem Förderbedarf die anderen Schüler bremsen, ist unzutreffend.

Mit der 2009 in Deutschland erfolgten Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung haben Kinder und Jugendliche mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf einen Rechtsanspruch darauf, gemeinsam mit Kindern ohne Förderbedarf unterrichtet zu werden.

Diesem Rechtsanspruch wird bisher in den meisten Bundesländern nur unzulänglich Rechnung getragen. Dabei ist doch belegt, dass Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf – zumindest im Schwerpunkt Lernen – bei inklusiver Unterrichtung deutlich bessere Lernergebnisse erzielen. Und auch die Schüler/innen ohne Förderbedarf profitieren nachweislich von inklusivem Unterrichten.

Deshalb fordern wir:

- den ernsthaften und erkennbaren Willen der politisch Verantwortlichen, die gesetzlichen Vorgaben zügig und im Sinne der UN-Konvention umzusetzen,
- eine Ausweitung der in den Kindergärten und Grundschulen bereits breit angelegten Inklusion im Sinne des Art.2 Abs. 2 BayEUG,
- die Gewährleistung der Fortsetzung einer in der Grundschule begonnenen inklusiven Unterrichtung in den Sekundarstufen,
- die Entwicklung von verlässlichen Standards auf skandinavischem Niveau in der personellen, sächlichen und räumlichen Ausstattung,
- die zuverlässige Abkehr von Doppelstrukturen mit einem Nebeneinander von Einzelinklusion und separierender Förderschule. Eine Sowohl-als-auch-Praxis verhindert die gesetzlich vorgeschriebene Inklusion und ist die Lösung der eigentlichen Inklusionswidersacher!

2.4 Uniformität beseitigen

Unser bestehendes Schulsystem ist darauf konditioniert, möglichst homogene Lerngruppen zu erstellen. Lauter „gleiche“ Schüler machen das selbe. Daraus entsteht ein ungesunder Wettbewerb. Die Schüler fangen an sich gegenseitig zu messen. Finden sich möglichst bunt gewürfelte Gruppen zusammen, beginnt gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme. Besonders Kinder erkennen Schwächen und das „Anderssein“ des Mitschülers sofort und beginnen es auszugleichen. Jeder lernt von jedem. (Der Neurobiologe Prof. Dr. Gerald Hüther hat das nachgewiesen).

Der Begriff "Heterogenität" ist derzeit politisch en vogue und zieht den nahezu inflationären Gebrauch des Schlagwortes "individuelle Förderung" nach sich. Dabei ist zu bezweifeln, ob in allen Fällen beim Umgang mit diesen Begriffen identische Inhalte gemeint sind.

Heterogenität entspricht der Realität und ist somit Normalität. In einem hierarchisch gegliederten Schulwesen wird Heterogenität meist im Zusammenhang mit schwierigen Schulklassen mit einer breiten Leistungs- und Verhaltensstreuung, aber auch mit Maßnahmen verwendet, die dem Abbau der Heterogenität dienen sollen.

Zielvorstellung ist dabei in der Regel eine möglichst homogene Lerngruppe, die ohne störende Einflüsse im Lernen vorankommen soll. Auch das bayerische Schulsystem versucht nach der Grundschule (in der mit dieser Heterogenitätsrealität und -normalität noch am natürlichsten, zielführendsten und erfolgreichsten umgegangen wird) heterogene Lerngruppen durch die Herstellung einer vermeintlichen Homogenität zu umgehen.

Ein Unterfangen, das aufgrund der dazu verwendeten Selektionskriterien zum Scheitern verurteilt ist und jährlich Zehntausende junger Menschen zu schulischen Verlierern stempelt. Trotz der in Bayern besonders rigiden Selektionsmaßnahmen sind auch die

Lerngruppen in den Sekundarschulen deutlich heterogen, denn in allen Schulformen finden wir eine breite Leistungsstreuung (PISA) und vielfache Überlappungen.

Das ist in den jeweiligen Schularten insofern problematisch, als dort aufgrund der Homogenitätsvorstellungen der Lehrkräfte Lehr-Lern-Prozesse in gleicher Art und Weise für alle erfolgen.

In der Folge müssen Entscheidungen zur Schullaufbahn immer wieder "nachjustiert" werden. Damit pflegen wir ein Schulsystem, das trotz der scharfen Selektion der Heterogenität in den einzelnen Schularten nicht Herr wird und auf gesetzlicher Basis (BayEUG Art. 7, 8 und 9) zugleich vorhandene Potenziale und Talente brach liegen lässt, ja die Chancengerechtigkeit noch zusätzlich verschärft.

Versteht man Heterogenität von Lerngruppen nicht als Belastung, sondern betrachtet sie als Normalität, dann lässt sich die Vielfalt der Köpfe, Herzen und Hände unserer Kinder und Jugendlichen nicht als Hindernis, sondern als Vorteil für gemeinsames Lernen verstehen und nutzen. Schließlich werden doch Bildung und Erziehung verstanden als Hilfe für den Einzelnen, seine individuellen Kräfte zu erkennen und zu entfalten.

Wenn die Schule auf die in einer Gesellschaft bedeutsamen Anforderungen und Erwartungen wirkungsvoll vorbereiten soll, dann dürfen die Schüler nicht alle nach dem gleichen Schema unterrichtet werden. Die Verschiedenheit der Individuen und ihrer Fähigkeiten sind der größte Segen einer Nation.

Wer diese Erkenntnis ernst nimmt, der wird erkennen, dass in unserer traditionellen Schule mit hohem organisatorischen Aufwand im internationalen Vergleich etwas Unbedeutendes erzielt und das Beste verliert, dessen unser Kinder und Jugendlichen insgesamt und individuell fähig (gewesen) wären. Das bei uns praktizierte Leistungsprinzip, das in der jeweiligen Schulart von allen das Gleiche abfordert, fördert nicht Leistung im Sinne echter Bildung, sondern allenfalls Mittelmäßigkeit.

Da Bildung immer eine individuelle Dimension hat, sollten wir zwingend dem kanadischen Prinzip folgen: "We celebrate diversity!" Der Umgang mit Heterogenität im Sinne der konsequenten Verwirklichung einer recht verstandenen individuellen Förderung ist in der gegenwärtigen Schulstruktur aufgrund der zahlreichen strukturellen Hemmnisse und Widersprüchlichkeiten so gut wie unmöglich.

Da aber aus unserer Sicht auch heute noch die 1970 vom Deutschen Bildungsrat erhobene Forderung ("Die Forderung von Leistungen in der Schule steht unter dem pädagogischen Prinzip der individuellen Förderung.") sowie Artikel 132 der Verfassung des Freistaates Bayern Gültigkeit haben, bedarf es mehrerer Paradigmenwechsel, um diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

Wir fordern daher nachdrücklich:

- die Fortführung der bewährten Grundschule als Gemeinschaftsschule bis zur 10. Jahrgangsstufe mit den daraus resultierenden Konsequenzen.

Wir fordern im Einzelnen dazu:

- die zügige Auflösung der Förderschulen und eindeutige Umsetzung der gesetzlich verbindlichen UN-Behindertenrechtskonvention im Sinne von Art. 2 Abs. 2 BayEUG,
- die Aufhebung der in den Artikeln 7a Abs.1 Satz 1 und Art. 8 Abs.1 Satz 1 niedergelegten Bildungsziele, da diese der Heterogenität in der jeweiligen Schulart nicht gerecht werden und Schüler benachteiligen,
- die konsequente Umsetzung der in Art. 131 BayVerf. niedergelegten Obersten Bildungsziele (vor allem: Wissen und Können, Geist und Körper, Herz und Charakter bilden") und der in Art. 2 BayEUG festgehaltenen Aufgaben der Schule (u.a. "... zu selbständigem Urteil und eigenverantwortlichem Gebrauch der Freiheit...zu erziehen" / "...die Bereitschaft zum Einsatz für den freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat ... zu fördern") durch entsprechende Angebote und Möglichkeiten in der Schule;
- die konsequente Beachtung von Art. 132 Verfassung des Freistaates Bayern;
- eine klare Abkehr von der viel zu frühen Selektion, denn diese Selektion
 - basiert auf einem unhaltbaren Begabungsbegriff und der längst widerlegten Vorstellung, dass Schulleistung ein Indikator für Intelligenz und Begabung sei,
 - basiert auf fragwürdigen Auslesekriterien, da die erforderlichen Ziffernnoten den Kriterien Objektivität, Reliabilität und Validität in keiner Weise entsprechen,
 - hat keinen hinlänglichen prognostischen Wert,
 - wird dem Ziel der Herstellung leistungshomogener Lerngruppen in keiner Weise gerecht und
 - macht deshalb ein ständiges "Nachjustieren" in einer Endlosschleife erforderlich,
 - erzeugt nicht vergleichbare und somit ungerechte Bewertungen,
 - erzeugt viel zu viele Verlierer,
 - erzeugt unnütze Bürokratie und behindert die Lehrkräfte bei der Wahrnehmung ihres pädagogischen Auftrags,
 - stört den eigentlichen Bildungsauftrag,
 - ist ineffektiv und viel zu teuer
 - führt zu einer ständigen Reproduktion der bestehenden Gesellschaftsschichten.
 - ..und fixiert im Übrigen
 - den Unterricht auf Lehren und Zensieren,
 - den Unterricht auf schwerpunktmäßiges Lernen im vom Lehrer vorgegebenen Gleichschritt,
 - den Unterricht auf ein Abarbeiten des vorgegebenen Lehrplans oder der Standards weitgehend im Sinne des Auswendiglernens,
 - auf regelmäßige Exen, Schulaufgaben und Klausuren,
 - auf den Grundsatz des Leistungsvergleichs mit der Sozialnorm (Vergleich

mit den Mitschülern),

- auf eine Ego-Orientierung der Schüler statt auf Sachorientierung,
- auf eine Ego-Orientierung der Schüler statt auf Kooperationsorientierung,
- auf Anpassungsleistungen gegenüber den Lehrern,
- auf elitäres Denken und Handeln bei sog. guten Schülern und
- beschädigt eine vergleichsweise große Schülergruppe im Selbstwertgefühl etc. und macht sie gewissermaßen sogar lebensuntüchtig.

Wir fordern darüber hinaus:

- die Abkehr von der Planungsbürokratie von "oben" nach "unten" bei den viel zu engen Lehrplanvorgaben, die echtem individuellem Lernen und der Talentfindung und -förderung absolut im Wege stehen,
- die Abkehr von den Ziffernnoten, da eine auf sechs Ziffern reduzierte Skala in keiner Weise in der Lage ist, die vielfältigen und individuell ganz unterschiedlichen Leistungsausformungen bei den Schülern auch nur annähernd zu erfassen und zudem eine Scheinobjektivität ausweist,
- stattdessen die Hinwendung zu Beurteilungs- und Bewertungsformen, die den Schülern ein aussagekräftiges individuelles Feedback über die erbrachten Leistungen bzw. den jeweiligen Leistungsstand garantieren, und in diesem Zusammenhang,
- die Abkehr von dem zunehmend neo-liberalen, rein ökonomisch orientierten Leistungsbegriff und stattdessen eine Rückkehr zu einem pädagogischen Leistungsverständnis, das u.a.
 - offen ist für die Individualität der Kinder.
 - jedes Kind mit seinen Stärken und Schwächen akzeptiert.
 - die individuellen Lernvoraussetzungen der Kinder erkennt und berücksichtigt.
 - den Kindern die Zeit und Hilfe gibt, die sie individuell brauchen.
 - es vermeidet, Kinder miteinander zu vergleichen, sondern sich an der individuellen Bezugsnorm orientiert.
 - es vermeidet, einheitliche Maßstäbe für alle Kinder zu setzen.
 - ganzheitlich orientiert ist und sich nicht weitgehend auf kognitive Leistungen beschränkt.
 - nicht rein produkt-, sondern auch prozessorientiert ist.
 - ermutigende und lernfördernde Rückmeldungen gibt.
 - förderorientiert ausgerichtet ist.
 - breiten Raum für individuelle Schwerpunkte und Interessen lässt.
 - die individuelle Anstrengung und den individuellen Lernfortschritt hervor hebt.

- lernziendifferentes Arbeiten ermöglicht.
 - Wahlmöglichkeiten anbietet.
 - Fehler als Lernchancen für die Kinder betrachtet.
 - u.v.a.m.
- einen Paradigmenwechsel in der Lehrerausbildung durch
- die Orientierung an einer lernerzentrierten Didaktik.
 - die verbindliche Entwicklung einer diagnostischen Kompetenz im Rahmen der Aus- und Fortbildung.
 - in der Folge einer entsprechenden Förderkompetenz.
 - die verbindliche Einbeziehung sonderpädagogischer Grundelemente in die Ausbildung.
 - die gezielte Entwicklung der Klassenführungskompetenz.
 - eine gezielte Wahrnehmungsschulung im Erkennen individueller Interessen, Bedürfnisse und Fähigkeiten.
 - die Entwicklung der Teamfähigkeit für das in einer neuen Schulstruktur erforderliche Team-Teaching.
 - die Einbindung einer eigenen Reflexion (Krauffeldanalyse) bei allen Lehrkräften über die eigenen Einstellungen und Wertorientierungen insbesondere in den Bereichen Lern- und Begabungstheorien, Vorstellungen zu den Aufgaben und Funktionen von Schule, Einstellung zu Gleichheit und Differenz (z.B.: Was bedeutet Heterogenität für mich? Ein Problem - einen Normalfall - eine Bereicherung,...?), eigenen Normvorstellungen und eigenes Rollenverständnis als Lehrkraft ... um eine kritische Distanz zu den eigenen als Schüler erlebten Erfahrungen herzustellen, um fragwürdige subjektive Theorien zu vermeiden.
 - die fachmännische (pädagogische, psychologische, didaktisch-methodische, ...) Begleitung der jungen Lehrkräfte in den ersten drei bis fünf Jahren nach dem II. Staatsexamen, da sich in diesem Zeitraum die eigentliche berufliche Sozialisation vollzieht und junge Lehrkräfte in der Gefahr stehen, durch "Platzhirsche" im Kollegium und deren subjektive Theorien "umgepolt" und angepasst zu werden ("Was du an der Uni und im Seminar gelernt hast, das kannst du alles vergessen! Bei uns läuft das so und so...").
 - die Schulsozialarbeit als Angebot der Jugendhilfe als infrastrukturelles Element an jeder Schule zu integrieren und in diesem Zusammenhang 8. die neuen Schulen personell und materiell so auszustatten, dass sie den internationalen Standards (Kanada, Skandinavien, Südtirol...) entsprechen.

Zur Umsetzung dieser Forderungen bedarf es lediglich der Orientierung an den vorliegenden fachwissenschaftlichen Erkenntnissen, der Abkehr von engen und einseitigen Ideologien und des guten Willens. Das Rad dazu muss nicht neu erfunden werden. Positive Beispiele, an denen man sich orientieren kann, gibt es zuhauf. Man muss sie nur sehen wollen und sich damit ideologiefrei auseinandersetzen.

2.5 Leerlauf vermeiden

Ablaufoptimierung durch Vermeidung von Leerlauf vor den Ferien. Hierdurch kann bis zu 20% unnötige Komprimierung vermieden werden. Warum wird nach dem Notenschluss vielfach kaum noch etwas getan?

Ähnlich sieht es vor den meisten Ferien aus. Ein eindeutiges Indiz für das zu kurzfristig angelegte Lernerfolgsdenken. Nachhaltiges und mit Begeisterung gepaartes Lehren kennt keinen Leerlauf.

Unseren Vorschlägen folgend, interessieren sich zukünftig motivierte Kinder und Lehrer "von alleine" für das Fachwissen; Leerlauf wird es wenn dann nur noch als gezielte Erholungsphase geben.

2.6 Elternmitbestimmung

Die Wahl des Direktors mit von den Stimme der Elternschaft abhängig machen? Warum nicht? Die Elternvertretungen (nicht nur in Bayern) beklagen massiv, dass sie im Kultusministerium weder gehört werden, noch ein Mitspracherecht haben. Freie Schulwahl; freie Bewerbung an Schulen mit passendem Profil.

2.7 Wettbewerb unter den Schulen führt zur Profilbildung

In Schweden und Holland z.B. erhält eine Schule pro Schüler von der jeweiligen Gemeinde zwischen 4000 und 7000 Euro / Jahr. Durch diese Umverteilung der Mittel müssen sich die Schulen etwas einfallen lassen um die Schüler für sich zu gewinnen. Eine ähnliche Regelung würde sich positiv auswirken. Somit werden Privatschulen nicht mehr benachteiligt

2.8 Abschaffung des Bildungsföderalismus

Herstellung einer zentralen Behörde zur Koordinierung der Lehrpläne und übergreifenden Aufgaben. Änderung der Aufgaben der Kultusministerien.

Schüler würden bei einem Wohnortwechsel in ein anderes Bundesland sich deutlich leichter und schneller integrieren. Lehrer könnten sich besser bundesweit orientieren.

In jedem Bundesland eine je eigene Schulstruktur mit unterschiedlichen Lehrplänen, Vorrückungsbestimmungen, Übertrittsregelungen, Stundentafeln etc. entspricht in keiner Weise mehr den Anforderungen an die Menschen von heute und morgen.

Unsere Gesellschaft lebt in zunehmenden Maße eine hohe berufliche Mobilität. Dieser muss auch und gerade im Bildungsbereich Sorge getragen werden. Kinder dürfen nicht mit jedem Umzug vor zusätzliche Probleme in der Betreuung und in den Schulen gestellt werden.

Wir fordern deshalb:

- die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern.
- die gesetzlich vorgegebene bundesweite Einführung eines inklusiven Schulsystems.
- die Einführung von Rahmenrichtlinien (wie z.B. in Südtirol), in denen die allgemeinen Bildungsziele, die spezifischen Lernziele, bezogen auf die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler, die Fächer, die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Fach sowie allgemeine Qualitätskriterien für das Angebot an Wahlmöglichkeiten enthalten sind.

Mit der Einführung von bundesweit gültigen Bildungsstandards wurden bereits Schritte in Richtung Vereinheitlichung unternommen. Sie beinhalten jedoch auch die Gefahr eines „learning to test“. Auch mit dem geplanten Einheitsabitur werden nunmehr Schritte in diese Richtung unternommen.

In allen Bundesländern verbindliche Rahmenrichtlinien bieten den (autonomen) Schulen die Möglichkeit, die geforderten Basiskompetenzen und das geforderte Basiswissen zu erwerben und darüber hinaus ein gemeinsam verantwortetes standortbezogenes Curriculum zu erstellen.

Und schließlich: »Es kann nicht sein, dass ein Schüler wegen eines Umzugs seiner Familie Schaden auf seinem Bildungsweg nimmt.« (KM Dr. Ludwig Spaenle in der AZ vom 26.10.2012) Dem ist nichts hinzuzufügen!

2.9 Handlungsspielräume für Lehrer

Ein enger Kontakt zwischen Lehrer und Schüler ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg beim Lehren. Je besser die persönliche Bindung umso eher kann das Wissen transferiert werden.

Um gesunde Beziehungen aufbauen zu können, brauchen auch Pädagogen Hilfestellungen durch qualifizierte Persönlichkeitsentwicklung und regelmäßige Supervisions- und Coachingangebote.

Im Co- oder Teamteaching können sich Pädagogen gegenseitig unterstützen und entlasten und Schüler haben die Möglichkeit, den Erwachsenen zu wählen, zu dem sie sich eher hingezogen fühlen. Denkbar ist auch ein Mentorensystem mit schulinternen oder externen Mentoren, die die Schüler unterstützen.

Wir fordern, dass die Regierung in die Ausbildung und berufliche Begleitung von Pädagogen investiert und personale Ressourcen zur Verfügung stellt, die ein wertschätzendes und persönliches Klima in Schulen sicherstellt. So kann auch Burnout vorgebeugt werden!

2.10 Abkehr vom Frontalunterricht

Entsprechend den Anforderungen moderner und inzwischen erprobter Unterrichtsformen muss das Unterrichten zukünftig in Lernlandschaften erfolgen. Die Schüler sollen sich frei entfalten und selbständig - lediglich durch die Lehrkräfte angeleitet und begleitet - mit Wissen versorgen können. Dabei können sie ihr persönliches Lerntempo selbst bestimmen und einhalten.

Dadurch wird eine individuelle Förderung einzelner Schüler erst richtig durchführbar.

2.11 Gehaltssystem, Entlohnung für Bildungsarbeit anpassen

Differenzierte und nach Schulsystemen unterschiedliche Gehaltssysteme sind nicht mehr zeitgemäß. Der Bildungsauftrag muss als Ganzes gesehen werden und die Leistungen aller an der Bildung unserer Kinder Beteiligten nach einem einheitlichen Schlüssel und leistungsbezogen bewertet werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Erzieherinnen und Lehrkräfte bei nahezu gleicher Belastung so unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten haben.

2.12 Team-Teaching - Unterstützung und Entlastung

Ein enger Kontakt zwischen Lehrer und Schüler ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg beim Lehren. Je besser die persönliche Bindung umso eher kann das Wissen transferiert werden.

Um gesunde Beziehungen aufbauen zu können, brauchen auch Pädagogen Hilfestellungen durch qualifizierte Persönlichkeitsentwicklung und regelmäßige Supervisions- und Coachingangebote.

Im Co- oder Teamteaching können sich Pädagogen gegenseitig unterstützen und entlasten und Schüler haben die Möglichkeit, den Erwachsenen zu wählen, zu dem sie sich eher hingezogen fühlen.

Denkbar ist auch ein Mentorensystem mit schulinternen oder externen Mentoren, die die Schüler unterstützen.

Wir fordern, dass die Regierung in die Ausbildung und berufliche Begleitung von Pädagogen investiert und personale Ressourcen zur Verfügung stellt, die ein wertschätzendes und persönliches Klima in Schulen sicherstellt. So kann auch Burnout vorgebeugt werden!

2.13 Bildungsauftrag nachkommen, Chancengleichheit

Kinder, die keine oder nur wenig Unterstützung im Elternhaus erhalten, laufen Gefahr, den Anschluss zu verpassen. Die Schule muss die Lerninhalte so vermitteln, dass die Schüler zu Hause nicht mehr lernen sondern nur noch vertiefen und üben müssen.

Die derzeitige Situation zeigt, dass Schule in ihrer aktuellen Form ihrem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht wird, wenn Eltern zu Ersatzlehrern werden, ca. 2 Milliarden Euro jährlich in Nachhilfeinstitute fließen und somit Bildung von Eltern doppelt bezahlt wird!

Wir fordern einen radikalen Paradigmenwechsel von Bildung, der den heutigen Anforderungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über Lernen gerecht wird. Lernen muss IN der Schule stattfinden. Lernmethoden und Lerninhalte müssen den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft angepasst werden.

2.14 Individualisierte Förderung von Fähigkeiten

Das Weltwissen verdoppelt sich alle zwei Jahre. Wissen kann heute durch moderne Medien und Technik jederzeit abgerufen werden. Lerninhalte und Kompetenzen müssen der Gegenwart angepasst werden.

Wir fordern einen Mindestlehrplan für jede Jahrgangsstufe, der in einem individualisierten Unterricht auch über mehrere Jahrgänge hinweg umgesetzt wird. Der Lehrer ist dabei Lernbegleiter statt Wissensvermittler, denn der Schüler hat eine Übersicht über seine Lernziele, die er dann eigenverantwortlich erarbeiten kann. Die Hauptaufgabe des Lehrers liegt in der Vermittlung und Bildung von Kompetenzen. Als Lernbegleiter hat er auch die Individualität des Schülers im Blick und kann diesen gemäß seinen Neigungen und Fähigkeiten fördern.

2.15 Leistungsbewertung ausweiten

Noten klassifizieren und frustrieren unter ungünstigen Umständen bereits in kürzester Zeit. Das, was im Sport nahezu das einzige Maß der Dinge ist: Anzahl der Tore, Geschwindigkeit etc., wirkt sich kontraproduktiv in der Schule. Noten bilden nur einen sehr geringen Teil des Arbeitsverhaltens des Schülers ab und geben gleichzeitig keinerlei Aussage über die Persönlichkeit!

Von einer gegenseitigen Feedback-Kultur profitieren alle Beteiligten und dieses System bereitet die jungen Menschen auf die Berufswelt vor. Es gibt hervorragende Beispiele und Literatur, wie es auch ohne Noten funktioniert.

Wir fordern von der Benotung zur Kompetenzbewertung zu wechseln. In Schulen sollen Notensysteme abgeschafft werden, Selbsteinschätzung der Schüler gefördert und somit auch Motivation ermöglicht werden.

2.16 Team-Kultur in Schulen

Wettbewerb belebt das Geschäft, heißt es. In Schulen fällt Veränderung oft sehr schwer, weil das Kollegium sich nicht einig ist. Das ist kein Wunder, denn Kollegien werden von den Behörden zusammengewürfelt. Wie wichtig jedoch Gruppendynamik ist und was sie bewirken kann, erlebt man in jeder Klasse, in jedem Team.

Wir fordern einen freien Bewerbungsmarkt in ALLEN Schulen, deutschlandweit. So können sich Lehrerteams finden, die gemeinsam ihre Schule gestalten können. Schulleiter sollen sich ihre Kollegien zusammenstellen können, so dass sie in das Schulprofil passen und Lehrer finden so eine Schule, an der sie sich aufgehoben fühlen und sich engagieren möchten. Dazu muss der Beamtenstatus für Lehrer gelockert, oder ganz abgeschafft werden.

2.17 Ganztagsangebote

Strukturen und Bedürfnisse unserer Gesellschaft haben sich verändert. Seit Jahren wird mehr Ganztagsbetreuung für schulische und vorschulische Einrichtungen gefordert. Verschiedene Ganztagsschulmodelle stehen in harter Konkurrenz zueinander. Neues und individualisiertes Lernen erfordert mehr Zeit, so dass eine gebundene Ganztagschule mit rhythmisiertem Unterricht selbstredend wäre. Zumindest ein verlängerter zuverlässiger Schultag wäre hier sinnvoll.

Wir fordern, dass Lernen in der Schule stattfindet, inklusive Übungsaufgaben, so dass die Familie Entlastung erfährt. Betreuung darüber hinaus muss qualitativ hochwertig mit attraktiven sportlichen oder musischen Angeboten gestaltet sein.

2.18 Verwaltungsangestellte

Eine Zuteilung von Verwaltungsangestellten nach dem bestehenden Prinzip resultierend aus den Schülerzahlen ist mangelhaft. Die Kompetenz der Personalverantwortung für Sekretariat und Haustechnik gehört in die Hände eines Verwaltungsleiters. Nicht ein Mitarbeiter des Lehrkörpers (Direktor) soll sich um derartiges kümmern müssen. Dieser soll sich ganz seinem eigentlichen Auftrag widmen können: Unterrichten und die Führung seiner Lehrerschaft.

Die verwaltungstechnische Zusammenfassung mehrere Schulen zum Zweck der Bereitstellung der Infrastruktur bringt nicht nur in Ballungszentren Synergieeffekte.

Aktion gute Schule e.V. (i.G.)
Bachstraße 34 • 85368 Wang • 08764 - 949 99 77 • mail@guteschule.eu
Thomas Becker, Vorstand
www.guteschule.eu